



Soziale Stadt

info 5
www.sozialestadt.de

Der Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt

Juli 2001

Schwerpunkt: Lokale Ökonomie

Lokale Ökonomie – eine zentrale Strategie für die Soziale Stadt	2
Neue Handlungsansätze zur lokal-ökonomischen Entwicklung – Themenkonferenz in Hamburg-Altona-Lurup	8
„Lokale Ökonomie“ – Themenkonferenz im Modellgebiet Kassel-Nordstadt	9
Galgenhof/Steinbühl: Kräftiger Schub für die Stadterneuerung im Nürnberger Modellgebiet	11
Die Soziale Stadt zwischen Abriss und Neubeginn – Auftaktveranstaltung im Modellgebiet Cottbus Sachsenhof-Madlow	12
In Leinefelde im Mittelpunkt die Jugendlichen – Themenkonferenz „Und was kommt nach der Schule?“	13
„Die Stadtteilentwicklung verstetigen“ – Themenkonferenz in Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord	14
Viel Grün, buntes Treiben: erstes Stadtteilfest im Modellgebiet Ludwigshafen-Westend	15
„Soziale Stadt – meine Sicht“	16
Quartiermanagement: das Essener Modell	17
Veranstaltungshinweise	20
Impressum	16

Liebe Leserin, lieber Leser,

in den Mittelpunkt von Soziale Stadt *info 5* stellen wir mit der Lokalen Ökonomie eine Strategie, die einen herausragenden Beitrag zur Stabilisierung und Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zu leisten vermag. Mit ihr können der Stadtteilentwicklung kräftige Impulse gegeben werden, und sie ist eine wichtige Voraussetzung für die Herausbildung von tragfähigen Strukturen in den Quartieren.

In zahlreichen Gebieten der Sozialen Stadt sind Ansätze der Lokalen Ökonomie zentrale Bestandteile des Integrierten Handlungskonzepts; vielerorts bemühen sich Quartiermanagement, lokale Akteure und Verwaltung mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen und Aktionen darum, die lokale Beschäftigungssituation zu verbessern, Aus- und Weiterbildung zu fördern, die Stadtteilzentren zu beleben, Unternehmensgründungen zu unterstützen, über Aktivitäten im Zweiten Arbeitsmarkt und im Dritten Sektor das Zusammenleben im Stadtteil zu intensivieren und sozial integrierend zu wirken.

Die große Bedeutung der Strategie Lokale Ökonomie zeigt sich unter anderem darin, dass drei der insgesamt sechs in den Modellgebieten der Sozialen Stadt bereits durchgeführten Themenkonferenzen der Lokalen Ökonomie gewidmet waren.

„Raumorientierung der Verwaltung“ lautet die Devise“, heißt es mit Recht am Schluss des Beitrags von Gaby Grimm, Gabriele Micklinghoff und Klaus Wermker zum Quartiermanagement (Essener Modell) in diesem Heft. Vor dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen mit dem nicht quartierbezogenen Verwaltungshandeln beispielsweise von Arbeitsämtern, immerhin einem bedeutenden Akteur bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung lokalökonomischer Entwicklungen, kann diese Aussage nur bekräftigt werden.

Ihre Difu-Projektgruppe Soziale Stadt ■

Lokale Ökonomie – eine zentrale Strategie für die Soziale Stadt

Bisherige Erfahrungen bei der Umsetzung des Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ (im Weiteren: Programm Soziale Stadt) zeigen, dass das Fehlen von Arbeitsplätzen und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie ein Mangel an Qualifikation und Ausbildung zentrale Probleme in den benachteiligten Quartieren darstellen.

Eine Umfrage in den Programmgebieten der Sozialen Stadt ergab, dass Maßnahmen zur Verbesserung der lokalen Beschäftigungssituation, zur Aus- und Weiterbildung, zur Stabilisierung und Gründung von Unternehmen sowie zur Förderung des Zweiten Arbeitsmarktes und des „Dritten Sektors“ (z.B. gemeinnütziger Organisationen wie Genossenschaften, Vereinen, Stiftungen usw.) eine große Rolle spielen. Die Hälfte der bisher in Modellgebieten für das Programm Soziale Stadt durchgeführten Themenkonferenzen war denn auch der Strategie „Lokale Ökonomie“ gewidmet: so in Flensburg-Neustadt (vgl. Bericht in info Nr. 4), in Hamburg-Altona/Lurup und in Kassel-Nordstadt (vgl. die Berichte in diesem Heft).

Die Strategie „Lokale Ökonomie“ ist auf arbeitsmarkt-, beschäftigungs-, struktur- und sozialpolitische Ziele gerichtet; mit ihr werden die Handlungsfelder „Lokale Wirtschaftsförderung“, „Beschäftigungsförderung und Qualifizierung/Ausbildung“ sowie „Soziale Ökonomie“ (im Sinne einer gemeinwohlbezogenen und sozial-integrativen Ökonomie) in einem sozialraumbezogenen Ansatz verbunden. Damit ergänzt dieses Konzept die „klassische“ Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, bei der strukturpolitische Maßnahmen lediglich indirekt – über den Standort der Unternehmen – räumlich ausgerichtet werden. Mit Ansätzen der Lokalen Ökonomie soll – die Potenziale und Bedürfnisse von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Betrieben vor Ort aufgreifend – die wirtschaftliche Entwicklung mittels kleinräumig

ansetzender Instrumente unterstützt werden.

Ergebnisse einer Untersuchung von Teilökonomien in Hamburg (Läpple/Deecke/Krüger 1994) haben die Bedeutung von lokal ausgerichteten Ansätzen bestätigt: demnach beeinflussen die „lokalen Milieus“ (historische und kulturelle Rahmenbedingungen) und die „lokalen Funktionscluster“ (Kooperationsbeziehungen zwischen den Betrieben) die quartierbezogene ökonomische Entwicklung ganz wesentlich. Auch ist deutlich geworden, dass die Beschäftigtenzahl gerade bei den örtlich orientierten Betrieben wächst.

Ansätze der Lokalen Ökonomie werden nicht nur im Rahmen des Programms Soziale Stadt, sondern beispielsweise auch im Programm „Lernende Region“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert. Die Europäische Kommission unterstützt die Beschäftigung vor Ort unter anderem durch „Territoriale Beschäftigungspakte“ und eine Reihe von Pilotvorhaben zum „Dritten System“ (in Deutschland als „Dritter Sektor“ bezeichnet). Eine Bündelung dieser Ansätze in Gebieten der Sozialen Stadt ist möglich und erhöht die Effektivität aller Programme.

Voraussetzungen für die Wirksamkeit der Strategie „Lokale Ökonomie“

Die Entwicklung und die Umsetzung integrierter Handlungskonzepte stehen im Zentrum des Programms Soziale Stadt; die Strategie „Lokale Ökonomie“ bildet hierbei einen wesentlichen Bestandteil. Die Verabschiedung eines solchen Handlungskonzepts und seine Fortschreibung durch den Rat der Stadt geben der Umsetzung einer integrativen Stadtteilentwicklung den nötigen politischen Rückhalt.

Sollen lokal-ökonomische Ansätze wirksam sein, müssen neben der politischen

Absicherung folgende Voraussetzungen vorliegen oder geschaffen werden:

- Die Ansätze sind in gesamtstädtische und regionale Strategien einzubinden, denn Beschäftigungs- und Wertschöpfungspotenziale sowie Wirtschaftskreisläufe machen nicht an Stadtteilgrenzen halt.
- Der Gebietszuschnitt muss für eine lokal-ökonomisch zukunftsfähige Entwicklung genügend positive wirtschaftliche Ansatzpunkte bieten.
- Das Quartiermanagement ist in Entwicklung und Umsetzung lokal-ökonomischer Ansätze unbedingt einzubeziehen, um ein ganzheitliches, abgestimmtes Vorgehen im Gebiet und die notwendige Verbindung zu Entscheidungsträgern und Kommunikations- und Koordinationsgremien aller lokal wirksamen Akteure zu gewährleisten.
- Es bedarf eines differenzierten Bestandswissens über die im Gebiet angesiedelten Betriebe als Grundlage für die integrierte Gebietsentwicklung. Daten sollten daher prozessbegleitend erhoben, aufbereitet, ergänzt und den verschiedenen Ebenen des Gebiets und der Gesamtstadt zur Verfügung gestellt werden; nur so lässt sich eine breite Verfügbarkeit der erhobenen Kennziffern, Aussagen und Einschätzungen im Gebiet gewährleisten.

Schwerpunkte der Strategie „Lokale Ökonomie“ liegen in den drei Handlungsfeldern „Lokale Wirtschaftsentwicklung und Existenzgründungsförderung“, „Beschäftigung und Qualifizierung“ sowie „Soziale Ökonomie“¹, die im Folgenden näher dargestellt werden.

Handlungsfeld „Lokale Wirtschaftsentwicklung und Existenzgründungsförderung“

Ortsansässige Unternehmen zu stärken und Unternehmensgründungen zu fördern, stabilisiert und erhöht die Zahl der Arbeitsplätze in den Gebieten, gewährleistet die Versorgung mit wesentlichen Gütern und Dienstleistungen und schafft oder erhält eine wettbewerbsfähige Unternehmensstruktur. Wohnortnahe Beschäftigung und Versorgung kommen besonders den

weniger mobilen und den auf niedrigschwellige Angebote angewiesenen Bevölkerungsgruppen zugute.

Sehr viel stärker als bisher geht es darum, sich mit Hilfe aufsuchender und individueller Beratung auf die Bedürfnisse der einzelnen Unternehmen und Existenzgründer einzulassen. Maßnahmen sollten unternehmensorientiert entwickelt und ihre Umsetzung fachlich begleitet werden. Zu ihnen gehören betriebsorientierte Seminare, Informationen über Programme der Wirtschaftsförderung und der Arbeitsmarktpolitik sowie Beratungsleistungen bei der Beantragung von Mitteln. Existenzgründer werden – auch über die Anfänge ihrer Selbständigkeit hinaus – gezielt unterstützt: durch Information über Fördermöglichkeiten, durch individuelle Motivierung und durch fachliches Training.

Mit dem Aufbau von Interessenvertretungen und Unternehmensnetzwerken im Gebiet lassen sich der Austausch von Erfahrungen und die gemeinsame Nutzung von Ressourcen fördern. Vor allem in Großsiedlungen sind die Wohnungsunternehmen wesentliche Akteure bei der sozialen und ökonomischen Entwicklung des Gebiets: indem sie Sozialarbeiter, Handwerkerteams oder Arbeitnehmer aus dem Stadtteil beschäftigen, nachbarschaftliche Aktivitäten initiieren und unterstützen, Mitbestimmung und die Übernahme von Verantwortung durch die Mieterinnen und Mieter (etwa bei der Pflege des Wohnumfelds und bei Pförtnerdiensten) fördern, kulturelle Aktivitäten finanzieren usw.

In Hamburg konnte durch eine lokale Entwicklungsberatung für kleinere und mittlere Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seit 1998 in den Stadtteilen St. Pauli und Ottensen ein Großteil der Betriebe in ihrer Entwicklung gefördert und in Netzwerke aktiv eingebunden werden. Der Verein Beschäftigung und Bildung e.V. als Träger der Maßnahme hat Quartier-Büros für die lokale Wirtschaftsentwicklung und kontinuierliche Kontakte zu den Unternehmen eingerichtet und so seine Präsenz und Ansprechbarkeit vor Ort sichergestellt. Kernbereiche

seiner Arbeit mit den Unternehmen waren neben der aufsuchenden Beratung und der Initiierung betrieblicher Netzwerke die Konzipierung betriebsbezogener Seminare, die vor Ort in den Quartier-Büros durchgeführt wurden, Fördermittelrecherchen und die Vermittlung von Kontakten zu Behörden und Banken. Für dieses Projekt wurden Mittel der EU-Gemeinschaftsinitiative ADAPT (jetziges Nachfolgeprogramm: EQUAL), des Europäischen Sozialfonds, der Hamburger Wirtschaftsbehörde, der Stadtentwicklungsbehörde und der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales gebündelt.



Handlungsfeld „Beschäftigung und Qualifizierung“

Mit Beschäftigungsförderung und Qualifizierungsmaßnahmen sollen die Arbeitsmarktchancen der Bewohnerinnen und Bewohner in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf erhöht werden, z.B. durch Ausbildung, vorübergehende Beschäftigung und gezielte Vermittlung. Zugleich wird hierdurch auch die lokale Wirtschaft stabilisiert: Quartiersbewohnerinnen und -bewohner, die in Arbeitsmarktprojekten eingebunden sind, tragen durch ihr höheres Einkommen zur Steigerung von Kaufkraft und Nachfrage im Stadtteil bei. Beschäftigungsförderung und Qualifizierung können mittels betrieblicher und außerbetrieblicher Initiativen sowie durch Kooperation von öffentlicher Hand

und Unternehmen im Stadtteil erfolgen. Dabei kommen grundsätzlich personen- und unternehmensbezogene Maßnahmen in Betracht. Während bei personenbezogenen Maßnahmen die Unterstützung der Fähigkeiten und Potenziale des Einzelnen im Vordergrund steht, sind unternehmensbezogene Maßnahmen am Bedarf der Unternehmen im Stadtteil ausgerichtet; Arbeit Suchende aus dem Gebiet werden dementsprechend gezielt qualifiziert. Bisherige Erfahrungen lokaler Beschäftigungsträger zeigen, wie wichtig eine Verbindung von personen- und unternehmensbezogenen Ansätzen für eine effektivi-



ve und passgenaue Vermittlung ist, von der beide Seiten profitieren. So wird z.B. die EDV-Fortbildung einer festangestellten Sekretariatskraft ermöglicht, indem eine auf diese Tätigkeit vorbereitete Arbeitslose als Vertretung finanziert wird (Projekt „Jobrotation“ in Hamburg). Die Verknüpfung beider Ansätze erscheint zudem vor dem Hintergrund notwendig, dass die in der Regel kleineren Unternehmen in den benachteiligten Stadtteilen ihr Personal selten über Suchanzeigen in Tageszeitungen, vielmehr häufig über den Weg persönlicher Empfehlungen rekrutieren. Bewährt haben sich auch Kurse, in denen Bewerberinnen und Bewerber ihre fachlichen und sozialen Kompetenzen selbst ermitteln, und Kennenlern- oder Testphasen in kleineren Betrieben, die durch

Lohnkostenzuschüsse der Arbeits- oder Sozialverwaltung gefördert werden.

Vor spezielle Hürden sehen sich alleinerziehende Mütter und Väter, Migrantinnen und Migranten mit Sprach- und Qualifikationsproblemen, Langzeitarbeitslose und Jugendliche ohne Ausbildung gestellt. Hier greifen Instrumente zur Berufsorientierung und -vorbereitung, der Aufbau oder die Erweiterung von Lehr- und Ausbildungsstätten in Betrieben und gemeinnützigen Einrichtungen sowie Sprachkurse für Migranten. Das gebietsbezogen angelegte „Freiwillige Soziale Trainingsjahr“ (FSTJ) ist beispielsweise ein wichtiger Baustein im Bereich der Berufsorientierung und -vorbereitung für Jugendliche. Den Kern des FSTJ bildet die Verbindung von Arbeitserfahrungen mit attraktiven Qualifizierungsbausteinen. Diese vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ entwickelte jugendpolitische Maßnahme ergänzt das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt und bietet Jugendlichen in besonderen Lebenslagen maßgeschneiderte Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf.

Von wesentlicher Bedeutung ist die Verknüpfung von lokalen Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten mit der Umsetzung des stadtteilbezogenen integrierten Handlungskonzepts. Die Vernetzung von Arbeitsmarktpolitik mit gesellschaftlich sinnvollen Handlungsfeldern führt nicht nur zu spürbaren Verbesserungen im Quartier; die unmittelbare Tätigkeit für den Stadtteil führt bei den an Maßnahmen und Projekten Teilnehmenden auch zu einer stärkeren Identifizierung mit ihrer Arbeit und ihrem Stadtteil. Besonders der investive städtebauliche Bereich bietet Möglichkeiten, Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte mit konkreten Umsetzungsmaßnahmen zu verbinden: Entsiegelung, Begrünung und Neugestaltung öffentlicher und privater Flächen, Anlage von Spielplätzen, Gestaltung von Brachflächen, Bau von Radwegen und vieles mehr. Aber auch nicht-investive Maßnahmen im

Stadtteil, z.B. im Bereich der Kinder- und Jugendbetreuung, der Sport- und Kulturangebote, können mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten gekoppelt werden.

Die Vermittlung Arbeit Suchender erfolgt allerdings in der Regel personen- und nicht gebietsbezogen. Um bei der Zuweisung zu lokalen Beschäftigungsmaßnahmen vorrangig Arbeitslose aus den benachteiligten Stadtteilen zu berücksichtigen, bedarf es lokal differenzierender Arbeitslosendaten; diese bereitzustellen, ist zwar grundsätzlich möglich, aber noch recht aufwendig.

Um die Finanzmittel effektiv und an den Bedürfnissen der betroffenen Personen orientiert einzusetzen, hat es sich bewährt, die Aktivitäten der Arbeits- und Sozialverwaltung zu bündeln, z.B. durch die Bildung gemeinsamer Anlauf- und Beratungsstellen. Die Möglichkeiten des Finanzierungsmixes für Doppelbezieher (Arbeitslosen- und Sozialhilfe) werden bereits von vielen Ämtern genutzt, indem beispielsweise Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger an vom Arbeitsamt getragenen Maßnahmen teilnehmen, der Lebensunterhalt aber weiterhin vom Sozialamt finanziert wird. Für gemeinsame Projekte der Arbeits- und Sozialverwaltung können seitens der Arbeitsverwaltung auch Mittel der Freien Förderung nach § 10 SGB III eingesetzt werden.

Aufgrund der Förderbestimmungen sind von der Arbeits- und Sozialverwaltung finanzierte Beschäftigungsmaßnahmen zeitlich begrenzt und unterliegen zum größten Teil dem Erfordernis der Zusätzlichkeit. Diese Einschränkungen führen zu Schwierigkeiten bei der Verwirklichung mittelfristiger Beschäftigungsziele. Notwendig erscheint es daher, stärker als bislang die Ausgründung erwerbswirtschaftlich tätiger Beschäftigungsbetriebe in Erwägung

zu ziehen, um eine teilweise Ausrichtung am Markt und damit größere Unabhängigkeit der Beschäftigungsträger zu erreichen. Finanzielle Grundlage für solche Betriebe können beispielsweise die im Rahmen komplexer Stadterneuerungsprozesse mittel- bis langfristig verfügbaren Fördermittel sein.

Rund 70 Arbeitsplätze konnten durch die lokal-ökonomische Strategie der *Genossenschaft am Beutelweg in Trier-Nord* im Rahmen eines integrativen Sanierungsprojekts geschaffen werden. In dem Gründerzeit- und Konversionsgebiet mit ehemals preußischen Kasernen, die seit den 40er-Jahren im Reichs- und Bundesbesitz sind, leben rund 3 600 Menschen. Der Erneuerungsprozess begann mit der Gründung des bewohnergetragenen Bürgerhauses 1983. Auf Initiative von Bürgerinnen und Bürgern wurde 1991 die Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg eG gegründet, bei der Bewohnerinnen und Bewohner mit einem Anteilsbetrag von je 100 DM ihre Wohnungen in genossenschaftliches Eigentum übernehmen konnten. Das integrative Sanierungskonzept beruht auf drei Säulen, die in jedem Einzelprojekt zum Tragen kommen: Wohnungsmodernisierung, Arbeit und Selbsthilfe (als Teil des Finanzierungsmodells). Die Genossenschaft hat mittlerweile zwei marktwirtschaftlich orientierte Tochterge-



sellschaften ausgegründet, nämlich die Haus-Verwaltungs- und Sanierungs-GmbH (HVS) und die Wohnungswirtschaftliche Service Gesellschaft GmbH. Beide zielen auf die Reintegration von Langzeitarbeitslosen und die berufliche Qualifizierung im Quartier ab.

Die Sanierung erfolgte im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus des rheinland-pfälzischen Finanzministeriums; die Bewohnereigenleistung betrug rund 20 Prozent. Nach Aufnahme des Gebiets in das Programm Soziale Stadt im Jahr 2000 wird derzeit zur Abstützung der lokal-ökonomischen Strategie ein Stadtteilmanagement eingerichtet, das die bisherigen Ansätze im Hinblick auf neue lokale Beschäftigung, Qualifikation und auf langfristig selbsttragende Strukturen weiterentwickelt. Neben Sanierungs- und Wohnumfeldarbeiten sind der Bau und die Erweiterung von Spielplätzen, der Aufbau eines Multimediazentrums als Lern-, Qualifizierungs- und Fortbildungseinrichtung sowie die Erweiterung der Kinder- und Jugendarbeit Ziele der Stadtteilentwicklung.

Handlungsfeld „Soziale Ökonomie“

Ziel der Sozialen Ökonomie oder des Dritten Sektors ist es, neue „soziale Unternehmen“ zu entwickeln; diese sollen vor allem lokal nachgefragte Dienstleistungen anbieten, die über den Markt nicht bereitgestellt werden können. Beispiele hierfür sind gemeinwesenbezogene Stadtteilbetriebe, Stadtteilservices, hauswirtschaftliche Dienstleistungsagenturen, Schulküchen sowie Stadtteil- und Kulturcafés. Projekte der Sozialen Ökonomie, die gleichermaßen soziale, gemeinwesenorientierte und ökonomische Ziele verfolgen, sind besonders geeignet, Einkommens- und Arbeitsmöglichkeiten für gering qualifizierte Personengruppen zu schaffen. Sie ergänzen überdies die soziale und kulturelle Infrastruktur sowie das lokale Angebot an Waren, an personen-, haushalts- und gemeinwesenbezogenen Dienstleistungen im Gebiet. Für den Erfolg dieser Projekte ausschlaggebend sind vor allem ihre Einbettung in den Stadtteil und ihre Ausrichtung am lokalen Bedarf. Da dieser

Bereich kaum vollständig zu professionalisieren ist, kommt der freiwilligen Arbeit hier eine wesentliche Bedeutung zu. Diese Arbeitsform im Stadtteil trägt dazu bei, die notwendige Qualifikation und das Selbstbewusstsein für eine Tätigkeit im ersten Arbeitsmarkt zu erwerben. Um Marginalisierungen zu vermeiden, sind allerdings flexible Übergänge zwischen freiwilliger und professioneller Arbeit zu schaffen.



Durch eine beispielhafte Strategie zur Beschäftigung vor allem von Frauen im Handlungsfeld „Soziale Ökonomie“ konnten im thüringischen *Großbreitenbach* bis heute über 30 Projekte mit knapp 100 Mitarbeiterinnen initiiert und umgesetzt werden. In dem Stadtteil mit etwa 3 300 Menschen gründete sich im Jahre 1992 die Frauengruppe *Großbreitenbach e.V.*, um nach neuen Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu suchen. Aus einer Ideenkonferenz heraus entstand das *Frauenbeschäftigungsprojekt „GBF-promotion“* mit anfangs 30 Mitarbeiterinnen. Erste soziale Vorhaben beinhalteten die Hauswirtschaftspflege, das Frauen- und Familienzentrum, das Jugendzentrum und den Seniorenclub *Altenfeld*. Sie wurden im Laufe der Zeit um etliche Projekte ergänzt: die Frauenzeitung *ISA*, die Kontaktstelle „Hyperaktives Kind“ sowie „women on the web“, eine Internetfirma, die touristische Dienstleistungen anbietet. Im Mittelpunkt steht die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen, die im Bereich der Vernetzung einzelner Projekte und bestimmter Interessengruppen als aussichtsreich ausgemacht wurden. Das „Haus für Alle“ – eine Begegnungsstätte für Jugendarbeit, Seniorenbetreuung und Fraueninitiativen – vereint die Kräfte zu einer bedeutsamen kommunalen Institution. In der Begrün-

ung zur Verleihung des Preises „Soziale Stadt 2000“ an dieses Projekt heißt es, dass „die Abwanderung vor allem junger Menschen gedämpft und Ortsidentität neugeschaffen“ werden konnten.

Umfassende lokal-ökonomische Strategien

Die aufgeführten Beispiele zu den drei Handlungsfeldern zeigen, dass die erfolg-

reichen Projektansätze häufig auf mehrere Ziele ausgerichtet sind. Darüber hinaus erscheinen jene Vorhaben bemerkenswert, bei denen verschiedene Politikbereiche in einer umfassenden lokal-ökonomischen Strategie verbunden werden. Dies betrifft zum einen die Verknüpfung der unterschiedlichen ökonomischen Handlungsfelder,

zum anderen jene von baulich-räumlichen mit beschäftigungs- und strukturpolitischen Maßnahmen. Solche Verbindungen kommen beispielsweise bei Wohnumfeld- oder Reparaturaktivitäten, die mit Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen gekoppelt sind, oder bei der Nutzungsergänzung in Wohngebieten unter anderem durch Umnutzung bestehender Gebäude und Räume zum Tragen.

In *Berlin Neukölln* wurden auf Initiative von Bezirkspolitikerinnen und -politikern bereits 1994 Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft, der Gewerkschaften, von Verbänden und aus der Verwaltung an einem Tisch versammelt, um Strategien zur Standortsicherung, zur Beschäftigungs- und Ausbildungsförderung für den Bezirk zu diskutieren (siehe www.pakte.de). Ein erstes Ergebnis waren die Wirtschafts- und Handwerkertage, ausgerichtet vom 1996 eigens hierfür geschaffenen Verein *Wirtschaft und Arbeit*. Im Jahr 2000 hatte der Verein bereits 60 Mitglieder, darunter Freiberufler und Arbeitsgemeinschaften. Das Gros bilden kleine und mittelständische Unternehmen, doch sind auch Firmen wie die Deutsche Telekom AG und die Wohnungsgesellschaft *Stadt und Land* beteiligt.

Der Verein ist Träger des Territorialen Beschäftigungspaktes Neukölln, eines von der Europäischen Union initiierten Instruments auf lokaler und regionaler Ebene zur Förderung und Sicherung von Beschäftigung durch lokale Partnerschaften. Im Jahr 2000 gab es 90 Standorte in Europa, neun davon in Deutschland. 1998 wurde ein Büro vor Ort eingerichtet, das verschiedene Serviceleistungen zur Beschäftigungsförderung im Stadtteil anbietet. Durch die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union konnte der Verein zehn Vorhaben verwirklichen, darunter das Projekt „Soziale Stadtteilentwicklung“, mit dem Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger in Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden, ein „Ausbildungsnetzwerk“ mit zwei Mitarbeitern, die Ausbildungsplätze bei Unternehmen ausfindig machen und dabei ihr besonderes Augenmerk auf türkische Firmen richten, sowie das Projekt „Gründerzeit“ zur Starthilfe für junge Unternehmen.

Der Verein berät die Firmen, unterstützt die Weiterbildung und bietet einen Überblick über die verschiedenen Fördertöpfe. Jährlich wird ein Preis für besonders vielversprechende Neugründungen vergeben. „Challenge“ und „Konvoi Neukölln“ beschäftigen sich speziell mit den Problemen kleiner und mittelständischer Unternehmen. „Challenge“ berät Unternehmen und schult Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Seminare und Praktika in anderen Firmen. Dem „Konvoi“ können sich Unternehmen anschließen, die ihre Anlagen und Verfahren auf Umweltverträglichkeit prüfen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend schulen lassen wollen.

Darüber hinaus unterstützt der Verein ein Frauenwirtschaftszentrum und baut eine Börse für Gewerbeflächen im Internet auf; außerdem wurden Maßnahmen im Rahmen von Vergabe-ABM/SAM durchgeführt, bei denen in Zusammenarbeit mit der Wohnungsbaugesellschaft Arbeitslose im Grünbereich zur Wohnumfeldverbesserung eingesetzt werden. Bisher ist es dem Verein gelungen, in Neukölln mehr als 420 Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen.

Ein zweites Beispiel für eine breite und heterogene Vernetzungsstruktur bietet die lokal-ökonomische Strategie in *Duisburg-Marxloh* (siehe www.lokaleoekonomie.de). In diesem gründerzeitlichen, stark von der Montanindustrie geprägten Stadtteil, der seit Ende der 70er-Jahre einem kontinuierlichen Strukturwandel unterliegt, war die altindustrielle Wirtschaftsbasis weggebrochen. Die Arbeitslosigkeit stieg, und während die ursprüngliche Bevölkerung immer weiter abnahm, zogen viele ausländische Bürgerinnen und Bürger in das Viertel. 1993 wurde Duisburg-Marxloh deshalb in das ressortübergreifende Stadterneuerungsprogramm aufgenommen. 1994 erfolgte der offizielle Startschuss zum Projekt Marxloh durch Ratsbeschluss, 1995 die Aufnahme des Gebiets in die EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN.

Anfang 1996 wurde das Büro für Wirtschaftsentwicklung der EG DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH (Ausgründung der Stadt Duisburg) eingerichtet; zu seinen Aufgaben zählte, die Beschäftigungs- und Versorgungssituation in Marxloh zu verbessern, Abwanderungen und Kaufkraftabflüsse zu stoppen und die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit dem Gebiet sowie deren Aktivitäten im Quartier zu fördern. Seit 1999 ist das Büro für die Steuerung der Stadtteilentwicklung zuständig und als Sanierungsträger vor Ort tätig. Es dient als Anlaufstelle für Investoren und Unternehmen, informiert, berät und koordiniert die lokalwirtschaftlichen Aktivitäten. Einige Erfolge können bereits verbucht werden, etwa die Stabilisierung des Gewerbebestands, Existenzgründungen und die Initiierung von Netzwerken: Deutsche Einzelhändler haben sich zum Beispiel im Werbering Marxloh zusammengeschlossen, türkische Gewerbetreibende im „TIAD“.

Der multikulturellen Situation wurde beispielsweise dadurch Rechnung getragen, dass ein türkischer Mitarbeiter und eine deutsche Mitarbeiterin für die Leitung des Büros angestellt wurden. Die Vernetzung im Stadtteil wird durch eine Stadtteilkonferenz aus rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sichergestellt, in der mehrere

Stadtteilorganisationen und auch Bewohnerinnen und Bewohner vertreten sind.

Die lokal-ökonomische Strategie wird in Marxloh ergänzt durch ein Stadtmonitoring (regelmäßige Bürgerumfragen), dessen Ergebnisse in die Arbeit vor Ort einfließen. Inzwischen gilt Marxloh als ein „Klassiker“ integrierter Stadtteilentwicklung. Dennoch bewegten sich die Beteiligten bislang – angesichts der komplexen Akteursstruktur und der sich wandelnden Förderansätze durchaus verständlich – auf einem ständigen Experimentierfeld.

Ausblick

Die Stärkung der Lokalen Ökonomie ist wesentliche Grundlage für die Entwicklung von tragfähigen Strukturen in den Stadtteilen der Sozialen Stadt: zum einen durch die Herausbildung von Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen bei den Bewohnerinnen und Bewohnern, die im Zuge von deren Integration in die Ökonomie des Stadtteils entstehen, zum anderen durch die Stärkung von Kaufkraft und Nachfrage, die den Betrieben im Quartier zugute kommen. Um Projekte und Maßnahmen durch- und umzusetzen, die an mehreren Zielen ausgerichtet sind, bedarf es nicht nur eines langen Atems; besonders wichtig sind auch das Zusammenspiel und die Vernetzung der Akteure, z.B. aus den Bereichen der Wirtschafts- und Stadtteilentwicklung, aus Initiativen, Betrieben und Schulen im Stadtteil. Daneben bilden die Verknüpfung unterschiedlicher Politikbereiche und die Einbettung der quartierbezogenen Entwicklungskonzepte in gesamtstädtische und regionale Entwicklungsstrategien wichtige Voraussetzungen dafür, lokal-ökonomische Ansätze erfolgreich umzusetzen.

Cathy Cramer ■ Difu

Jan Behrens ■
Freie und Hansestadt Hamburg
E-Mail: jan-behrens@gmx.de

Fotos: Wolf-Christian Strauss

Anmerkung

1 Die Handlungsfelder wurden auch durch das Europäische Projekt „ELSESES – Evaluation of Socio-economic Strategies in Disadvantaged Urban Areas“ bestätigt, an dem das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Stadtteil Duisburg-Marxloh beteiligt war.

Literaturhinweise

BBJ Servis, Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten. Zugänge zu Arbeit und Beruf. Handlungsleitfaden, Berlin 2000.

Bertelsmann Stiftung, Beschäftigungsorientierte Sozialpolitik in Kommunen: Strategien zur Integration von Sozialhilfeempfängern in das Erwerbsleben, Gütersloh 1999.

Bertelsmann Stiftung, Kooperation statt Konkurrenz. Studie über die Zusammenarbeit von Arbeits- und Sozialämtern, Gütersloh 2000.

Beschäftigung und Bildung e.V., „Nur der Wandel hat Bestand“. Entwicklungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen im Kontext lokaler Wirtschaftsentwicklung. Projekt-Dokumentation 1998-2000, Hamburg 2000 (siehe auch www.bb-ev.de).

Birkhölzer, Karl, Lokale Ökonomie zwischen Marginalisierung und zukunftsweisender Wirtschaftsweise, in: Interdisziplinäres Forschungsprojekt Lokale Ökonomie (Hrsg.), Lokale Ökonomie. Beschäftigungs- und Strukturpolitik in Krisenregionen. Ein internationales Symposium, Berlin 1994.

Elsen, Susanne, Gemeinwesenökonomie – eine Antwort auf Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung?, Neuwied 1998.

Henckel, Dietrich u.a., Zukunft der Arbeit in der Stadt, Stuttgart u.a. 1999 (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 92).

Hogeforster, Jürgen, Von bezahlten Stadstreichern und urbanen Narren. Möglichkeiten zur Belebung der Stadtökonomie, in: STEG Hamburg (Hrsg.), Forum Stadterneuerung. Quartiere entwickeln statt erneuern, Hamburg 1996, S. 127-135.

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS), Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund 2000.

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS), Lokale Ökonomie und Wirtschaftsförderung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund 1997.

Krahecek, Nicole (Hrsg.), Verbesserung der beruflichen Chancen von Mädchen und jungen Frauen, München 2001 (Praxismodelle, Band 6).

Läpple, Dieter, und Gerd Walter, Im Stadtteil arbeiten. Beschäftigungswirkungen wohnungsnaher Betriebe, Hamburg 2000.

Läpple, Dieter, Helmut Deecke und Thomas Krüger, Strukturentwicklung und Zukunftsperspektiven der Hamburger Wirtschaft unter räumlichen Gesichtspunkten – Clusterstruktur und Szenarien, Hamburg 1994.

Lokale Ökonomie, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, Heft 5/6 (2001) (Themenheft).

Menze, Axel, und Jürgen Oßenbrügge, Präventive Arbeitsmarktpolitik für Hamburg. Analyse arbeitsmarktrelevanter Entwicklungen und Handlungsvorschläge in lokalräumlicher Differenzierung, Universität Hamburg, Institut für Geographie, Hamburg 2000.

Schreiber, Elke, und Kerstin Schreier (Hrsg.), Praxismodelle zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen: Die Preisträger des Wettbewerbs „Fit für Leben und Arbeit“, München 2000.

Schroedter, Elisabeth, Die Beschäftigung vor Ort fördern. Eine Lokale Dimension der europäischen Beschäftigungsstrategie, in: Alternative Kommunalpolitik (AKP), Heft 5 (2000), S. 60-61.

Weck, Sabine, Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung in der integrierten Stadterneuerung, in: Jahrbuch Stadterneuerung 2000, Berlin 2000, S. 175-188.

Weck, Sabine, Das ELSESES-Projekt: Reichweite und Relevanz stadtteilbezogener sozio-ökonomischer Entwicklungsstrategien, in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) Lokale sozio-ökonomische Strategien in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund 2000, S. 42-54.

Neue Handlungsansätze zur lokal-ökonomischen Entwicklung

Themenkonferenz „Arbeit und Beschäftigung“ in Hamburg-Altona-Lurup



Eine der Arbeitsgruppen.

Wie kann die Wirtschafts- und Beschäftigungssituation in einem „reinen“ Wohnquartier verbessert werden? Die in der Fachöffentlichkeit diskutierten Strategien zur Aktivierung der lokalen Ökonomie lassen sich nicht unmittelbar auf die Luruper Wohnquartiere „Flüsseviertel“ und „Lüdersring/Lüttkamp“ übertragen. Zum einen gibt es dort – im Gegensatz zu innerstädtischen Quartieren – nur wenige Betriebe, die die lokale Ökonomie stabilisieren und neue Arbeitsplätze schaffen könnten. Zum anderen befinden sich im Umfeld Lurups zahlreiche für den Bezirk Altona bedeutende Gewerbe- und Industriegebiete mit einem großen Arbeitsplatz- und Ausbildungsangebot. Hier – im gesamtstädtischen Kontext – liegen die Ressourcen, die für eine innovative lokal-ökonomische Entwicklung Lurups genutzt werden müssen.

Die Einladung zur Themenkonferenz „Arbeit und Beschäftigung in Lurup“ am 20. April 2001 ging dementsprechend nicht nur an Engagierte/Verantwortliche aus Bewohnergremien, Politik, Verwaltung, Kammern usw. Im Rahmen der von der Programmbegleitung durchgeführten „aktivierenden Befragung“ wirtschaftlicher

Akteure ließen sich innerhalb und außerhalb Lurups auch zwei Großbetriebe für eine Teilnahme an dieser ersten öffentlichen Verständigung zwischen lokaler Wirtschaft, Bewohnerschaft sowie lokaler Politik und Verwaltung gewinnen, an der rund 80 Personen teilnahmen.

Wirtschaft und Arbeitsmarkt entwickeln sich differenziert

Das gegenwärtige Grundproblem, so Dieter Läßle von der Technischen Universität Hamburg-Harburg in seinem Eingangsbeitrag, sei nicht etwa, dass der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht; vielmehr habe der Arbeitsmarkt seine gesellschaftliche Integrationskraft eingebüßt. Untersuchungen der TU zeigten, dass das Arbeitsplatzangebot in Hamburg insgesamt stabil bleibt. Die einzelnen Teilökonomien der Hamburger Wirtschaft entwickelten sich jedoch unterschiedlich dynamisch, dementsprechend veränderten sich auch die Tätigkeitsstrukturen und Qualifikationsprofile. Zugleich drängten mehr Menschen, besonders Frauen und Zuwanderer, auf den Arbeitsmarkt. Dies gehe vor allem zulasten gering qualifizierter Arbeiter/innen; deren Situation verschlechterte sich zusätzlich, weil auch andere tra-

ditionelle Integrations-„Instanzen“ – allen voran Familie und Schule – ihre Wirkung immer mehr einbüßten. Mit dem Abbau des sozialen Wohnungsbaus werde überdies ein weiterer integrativer Faktor geschwächt.

Wie sich diese Problemüberlagerungen sozialräumlich auswirken, beschrieb Toralf Gonzalez (TU Hamburg-Harburg) anhand kleinräumiger Arbeitsmarktdaten. Eine Analyse der lokalen Ökonomie Lurups und der Wirtschaftsstruktur im Umfeld des Stadtteils führte zu der Frage, wie geeignete Übergänge zwischen dem lokalen Arbeitsmarkt und den angrenzenden Industrie-, Großhandels- und großen Einzelhandelsbetrieben geschaffen werden können.

Eine Podiumsrunde führte ein breites Spektrum von Akteuren mit ihren je besonderen Sichtweisen auf Arbeit und Beschäftigung im Quartier zusammen, so den „Personalentwickler“ einer Luruper Schleifmittelfabrik, eine „Personalentwicklerin“ der Deutschen Bahn AG (die in der Luruper Nachbarschaft ein Wartungswerk für ICE-Züge betreibt), die Geschäftsführerin eines in Lurup aktiven Beschäftigungsträgers, zwei Vertreterinnen eines im Aufbau befindlichen sozialen Unternehmens („Frauenoase Lurup“) und einen Vertreter des Deutschen Instituts für Urbanistik. In drei Arbeitsgruppen wurde danach vertieft diskutiert, ließen sich Handlungsperspektiven präzisieren.

Die Rahmenbedingungen neu gestalten

Dass es eines Netzwerks bedarf, um eine lokale Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik umzusetzen, betonte Gisela Beck, Geschäftsführerin eines großen Harburger Trägers für Beschäftigung und Qualifizierung, in der ersten Arbeitsgruppe. Arbeitsmarkt-, Stadtentwicklungs- und Wirtschaftspolitik sollten in integrierten Handlungsansätzen so miteinander verknüpft werden, dass innovative Produkte und Dienstleistungen für den Stadtteil und gleichzeitig Beschäftigungsmöglichkeiten für die lokale Bevölkerung entstehen. Diesem Vorschlag wurde in der anschließen-

den Diskussion entgegengehalten, dass sich die Zusammenarbeit der Beteiligten oft recht schwierig gestalte. So gebe es in Lurup zwar viele Aktivitäten, diese blieben aber vielfach noch zu stark der „Eigenlogik“ der jeweiligen Akteure verhaftet. Erforderlich seien eine Neu-Strukturierung des Luruper Netzwerks, die Konkretisierung von Handlungsfeldern und Zuständigkeiten in Projekten sowie die intensivere Nutzung von Ressourcen im bezirklichen und gesamtstädtischen Umfeld.

Wie lassen sich lokale Potenziale zum Aufbau sozialer Unternehmen entdecken und nutzen?, lautete das Thema der zweiten Arbeitsgruppe. Brigitte Voß von der Evangelischen Fachhochschule/Raues Haus stellte in einem idealtypischen Modell die hierzu nötigen Arbeitsschritte vor. Dass die Realität oft ganz anders aussieht, zeigte die heftige Diskussion über die Hindernisse, auf die das Projekt „Frauenoase Lurup“ traf, das mit seiner Gemeinwesenorientierung wirtschaftliche und soziale Anliegen verknüpft. Die Mi-

schung aus öffentlicher und privater Förderung innerhalb eines Vorhabens – die „Frauenoase“ soll sowohl kommunale Einrichtungen wie eine Krisenwohnung, als auch einen Hamam, ein orientalisches Bad, umfassen – erweist sich immer wieder als äußerst problematisch. Für innovative und „quer“ zu den Ressorts liegende Projekte ebenso hinderlich, auch das zeigte die Diskussion, ist das „sektorale Denken“ in den Verwaltungen.

In der dritten Arbeitsgruppe wurde der Frage nachgegangen, wie sich die Entwicklungsbedingungen für Betriebe in Lurup und im gewerblichen Umfeld verbessern lassen. Die Wirtschaftsförderin des Bezirks beschrieb das Spannungsfeld zwischen den bestehenden und den eigentlich erforderlichen Handlungsmöglichkeiten in Sachen aktiver Bestandssicherung und lokal orientierter Beschäftigungspolitik. Das Hauptproblem sei, dass der Bezirk über keine eigenen Fördermittel verfügt und gegenüber den Betrieben „mit leeren Händen“ dasteht, während die gesamt-

städtische Förderkulisse der Wirtschaftsbehörde auf mittlere und große Betriebe ausgerichtet sei. In der anschließenden Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass einzelne Aufgaben der Wirtschaftsförderung dezentralisiert und mit der lokalen Ebene verzahnt werden müssten. Im Rahmen eines Modellprojekts sollte der akut bedrohte Bestand an Einzelhandels- und Dienstleistungsbetrieben in den beiden Modellgebieten gesichert werden.

Auch wenn die meisten Vorschläge noch präzisiert und in realistische Handlungsschritte überführt werden müssen, war am Ende der Veranstaltung doch viel Optimismus zu spüren.

Heike Herrmann, Toralf Gonzalez ■

Technische Universität Hamburg-Harburg,
Arbeitsbereich 1-06,
Stadt- und Regionalsoziologie
Woellmerstr.1, 21071 Hamburg
Telefon: 040/428 78-43 06 oder 428 78-32 10,
Telefax: 040/428 78-27 94

Foto: PvO

„Lokale Ökonomie“

Themenkonferenz im Modellgebiet Kassel-Nordstadt



Auf dem Podium von links nach rechts: Herr Duygu (Biz Bize – türk. Zeitung), Herr Griesel (Direktionsbeauftragter Kasseler Sparkasse), Frau Caroli (Stadträtin, Dezernat für Arbeitsförderung, Frauen, Gesundheit und Soziales), Herr Kühling (Hess.-Nieders. Allgemeine), Herr Simon (Handwerkskammer) und Herr Schön (Geschäftsführer IHK).

Kleine und mittlere Betriebe spielen als Stabilitätsfaktor für die Entwicklung eines Stadtteils eine wichtige Rolle. Sie sind eng mit dem lokalen Umfeld verbunden, sichern und schaffen wohnortnahe Arbeitsplätze und übernehmen oft Verantwortung für das Quartier, indem sie z.B. Ausbildungsplätze und Praktika anbieten oder in Vereinen des Stadtteils mitarbeiten. Die Sicherung und Entwicklung stadtteilbezogener Betriebe ist daher ein wesentliches Handlungsfeld integrierter Stadtteilentwicklung.

Das Thema wurde am 17. Mai 2001 in einer Konferenz im Soziale-Stadt-Modellgebiet Kassel-Nordstadt aufgegriffen. Dieser bevölkerungsreichste Kasseler Stadtteil mit Bewohnerinnen und Bewohnern aus 29 Nationen ist ein innenstadtnahes altindustrielles Gründerzeitviertel mit vielfältiger Nutzungsmischung und einer vorwiegend kleinteiligen gewerblichen Struktur. Hier gilt es, die Ressourcen für

die einzelbetriebliche Weiterentwicklung, für Unternehmensneugründungen und betriebliche Netzwerke zu mobilisieren und in die Stadtteilentwicklung zu integrieren. Veranstalter der Themenkonferenz waren die Stadt Kassel (Dezernat für Arbeitsförderung, Frauen, Gesundheit und Soziales), das Deutsche Institut für Urbanistik sowie die Arbeitsgruppe Dialogische Planung der Universität Gesamthochschule Kassel und die Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH (FEH) als Programmbegleitung vor Ort (PvO).

Ziel der Veranstaltung war es, aktuelle Projektideen zur Wirtschaftsentwicklung in der Nordstadt vorzustellen und mit Praxisbeispielen aus anderen Orten anzureichern sowie lokale Partnerschaften für Projekte zu fördern.

Daher waren zu der Themenkonferenz, die mit rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gut besucht war, Fachleute aus den unterschiedlichsten Bereichen der kleinräumigen Wirtschaftsförderung und Stadtteilplanung eingeladen worden: unter anderem Projektbearbeitende aus der Kasseler Nordstadt, Referentinnen und Referenten aus dem Wirtschaftsreferat der Stadt Nürnberg, dem Büro für Wirtschaftsförderung der Stadt Gelsenkirchen und dem Verein für Beschäftigung und Bildung in Hamburg. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Kassel und der PvO berichteten über erste Ansätze und Ergebnisse. So unterschiedlich die vorgestellten Praxisbeispiele aus anderen Städten sind, eines wurde übergreifend deutlich: Soll der Bestand an Klein- und Kleinstbetrieben gesichert bzw. ausgebaut werden, bedarf es „aufsuchender Beratung“.

Die Veranstaltung brachte darüber hinaus für das Modellvorhaben Nordstadt ein konkretes Ergebnis: Im Stadtteil wird eine „Servicestelle für Beschäftigung und Wirtschaftsentwicklung“ eingerichtet, an der sich die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, die Kasseler Sparkasse sowie die Wirtschaftsförderung Kassel beteiligen werden. Ihr Zweck: kleine und mittlere Unternehmen in der Nord-

stadt – darunter die zahlreichen Betriebe von Migrantinnen und Migranten – gezielt zu beraten, über das Leistungsspektrum der örtlichen Wirtschaftsinstitutionen zu informieren und bei Bedarf an Ansprechpersonen weiterzuvermitteln.

Langfristig geht es darum, durch eine Bündelung von Beratungsangeboten die Stadtteilwirtschaft zu stärken, Betriebsgründungen und -erweiterungen durch Know-how-Transfer zu unterstützen.



Peter Kreisl ■
Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft
Hessen mbH (FEH)
Abraham-Lincoln-Str. 38-42, 65189 Wiesbaden
Telefon 0611/774-0, Telefax: 0611/774-313

Christine Mussel ■
AG Dialogische Planung, Universität
Gesamthochschule Kassel, FB 13:
Stadt- und Landschaftsplanung
Henschelstraße 2, 34127 Kassel
Telefon: 0561/804-6283, -6284,
Telefax: 0561/804-6282

Fotos: PvO



Galgenhof/Steinbühl

Kräftiger Schub für die Stadtteilerneuerung im Nürnberger Modellgebiet



„Bienenkorb“

Der Gemeindesaal der Christuskirche war mit rund 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, darunter viele Jugendliche, gut gefüllt. „Leben in Galgenhof/Steinbühl – Wo liegt die Zukunft des Stadtteils?“ lautete der Titel einer Veranstaltung am 27. April 2001, die mit der Präsentation der Ergebnisse einer Umfrage im Stadtteil begann.

Die Befragung, Ende 2000 von Prof. Dr. Johann Bacher und der Universität Erlangen-Nürnberg durchgeführt, hatte zwei Ziele: zum einen die Meinungen in der Einwohnerschaft zu Wohnung, Wohnumgebung, ausgewählten öffentlichen Räumen, sozialen Problemen, sozialer Infrastruktur und Image des Stadtteils zu erfassen, zum anderen den sozialen Status, die Lebenssituation und die sozialen Beziehungen der Bewohner zu erheben.

In sieben bunt gemischten Arbeitsgruppen („Bienenkörben“) wurden die Umfrageergebnisse zielgerichtet diskutiert: Welche Befunde haben am meisten „erschreckt“, über welche hat man sich besonders „gefreut“? Als erfreulich wurden die guten Nachbarschaftskontakte – auch zwischen Deutschen und Migranten – empfunden, ebenso der auffällige Wunsch nach Wie-

terbildung, die Vielfalt der Angebote und Einrichtungen im Quartier. Das schlechte Image des Stadtteils, die große Fluktuation, die hohe Arbeitslosigkeit und das Fehlen von Informationen über Angebote im Quartier und die Stadterneuerung haben dagegen „erschreckt“. Überrascht hat die Einschätzung vieler Befragter, dass der hohe Anteil von Ausländern das Image des Gebiets schädige.

In der Pause wurden Köstlichkeiten aus dem Kochunterricht der Hauptschule Hummelsteiner Weg gereicht. Der zweite Teil des Abends war dann der Vorstellung der Gruppen und Initiativen im Stadtteil gewidmet. Engagierte aus den Projekten präsentierten ihre Arbeit und warben um Mitstreiter:

- Der „Meinungsträgerkreis“, ein Gremium von Schlüsselpersonen (aus Einzelhandel, Politik, Schulen, Einrichtungen) und Bewohnern, stellte sein neues organisatorisches Konzept vor.
- Die stadtteilübergreifende „AG Grüne Bänder“, aus der Zukunftskonferenz (vgl. Soziale Stadt *info* 2) hervorgegangen,

präsentierte ihre „Grünoffensive“, mit der die Grün- und Freiflächen in der Südstadt gestaltet und erweitert werden sollen (für die Umsetzung stehen EU-Ziel-II- und Soziale Stadt-Mittel bereit).

- Die Noris Arbeit gGmbH (NoA), Träger des Programms E&C im Gebiet, zeigte Beispiele ihrer vielfältigen Aktivitäten.
- Die Schulleiter der beiden Schulen in Galgenhof/Steinbühl berichteten von zwei „ihrer“ Projekte: mit dem einen sollen die Chancen der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt erhöht werden, das andere ermöglicht Deutschkurse für Mütter aus der Bewohnergruppe der Migranten.
- In der Jugendeinrichtung „Schloßäcker“ Engagierte schilderten Meinungen von Jugendlichen über das Leben im Quartier und gaben Einblicke in die aufsuchende Jugendarbeit.
- Schüler berichteten über von ihnen produzierte Sendungen in „Radio Z“ und über ein Projekt, bei dem soziale Arbeiten mit „Sonnentalem“, einer symbolischen Währung, vergütet werden, mit denen sich wiederum andere Leistungen erwerben lassen.

Mit den Aktivitäten und Initiativen im Gebiet – dies zeigte die Veranstaltung recht eindrucksvoll – lässt sich das „Leben in Galgenhof/Steinbühl“ besser gestalten. Hervorzuheben sind die rege Beteiligung von Jugendlichen und das große Interesse von Seiten der Politik – neuer Schub also, um die Stadtteilerneuerung voranzubringen. Bis zur Sommerpause soll denn auch ein Quartiermanagement ausgewählt und installiert werden; es wird sich im Rahmen einer der nächsten Veranstaltungen der Einwohnerschaft vorstellen. Difu ■

Fotos: Wolf-Christian Strauss



Die Soziale Stadt zwischen Abriss und Neubeginn

Auftaktveranstaltung im Modellgebiet Cottbus Sachsenhof-Madlow

In Sachsenhof-Madlow, dem größten Plattenbau-Stadtteil im Land Brandenburg, wurde am 28. Mai 2001 die ressortübergreifende und integrierte Gebietsentwicklung mit einer öffentlichen Veranstaltung offiziell eingeläutet.

Dr. Wolfgang Preibisch (Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen) betonte die Stabilisierungs- und Stützfunktion, die das Programm Soziale Stadt in Zeiten struktureller Umbrüche bietet. Klaus Eichler vom brandenburgischen Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr unterstrich die Notwendigkeit, auch Rückbaudebatten in enger Abstimmung mit allen Beteiligten zu führen; dies sei Voraussetzung für ein Engagement des Landes. Auf ein Dilemma wiesen der Cottbuser Oberbürgermeister Waldemar Kleinschmidt und der amtierende Baudezernent Hans-Georg Koitzsch hin: Es werde für die brandenburgischen Kommunen immer schwieriger, die Eigenmittel aufzubringen, die erforderlich sind, um überhaupt an öffentlichen Förderprogrammen teilnehmen zu können.

Das Interesse der Bewohnerschaft an der Zukunft des Stadtteils ist groß, wie die rund 180 Besucherinnen und Besucher der Auftaktveranstaltung bewiesen. Ihre Sicht bekam denn auch besonderes Gewicht. Drei Gruppen aus dem Stadtteil stellten Ideen und Projekte vor. Die Jugendinitiative „Fragezeichen“ konnte sich nach der Präsentation ihres Vorhabens zur selbstbestimmten Jugendarbeit über Raumangebote von Wohnungsunternehmen und Gemeinwesensträgern freuen. Schülerinnen und Schüler der 8. Gesamtschule machten mit einem Rollenspiel auf ihr Projekt zur „Streitschlichtung“ aufmerksam, und Frauen aus dem „Seniorenzentrum Herbstfreude“ veranschaulichten an-

hand eines Dia-Spaziergangs durch den Stadtteil ihre Ansprüche an ein altenefreundliches Quartier. Viele Bewohnerinnen und Bewohner nutzten zudem die Gelegenheit, ihre Ideen und Anregungen an einer Pinnwand öffentlich zu machen. Zwar fließen über das Programm Soziale Stadt bereits seit Ende 1999 Fördermittel in den Stadtteil, aber Informationen darüber drangen bisher kaum ins öffentliche Bewusstsein. Der über Programmmittel geförderte Umbau einer Kita zu einem soziokulturellen Zentrum wird in der Wahrnehmung überlagert von den Debatten über die geplanten Abrisse in der Großsiedlung. Wie auf vorangegangenen Versammlungen wurde die Unzufriedenheit vieler Bewohnerinnen und Bewohner deutlich, die sich mit konkreten Plänen für ihre Wohnumgebung auseinandersetzen wollen. Lohnt sich das Engagement für das Gebiet? Oder wird die eigene Wohnung bald abgerissen, und zieht man deshalb so wieso besser weg?

Gerade von jenen, die in Madlow gerne bleiben wollen, wurden in der Diskussion Informationen „objektscharf“ auf der Ebene von Nachbarschaften eingeklagt, wurde das ständige Abschieben von Verantwortung kritisiert. Von Stadt, Wohnungsunternehmen und Planern fordert man Flexibilität und Offenheit als Voraussetzung dafür, weiter „mitzumachen“. Aber es ging nicht nur um Abriss: Die Bemerkung, alle Ini-

tiative habe keinen Zweck, solange das Problem Arbeitslosigkeit nicht angepackt werde, wurde als Aufforderung verstanden, sich in gezielter Zusammenarbeit von lokalen und regionalen Akteuren mit Qualifizierung und mit der Schaffung von Arbeitsplätzen zu befassen.

Die Soziale Stadt – dies wurde in Cottbus deutlich – muss in ostdeutschen Stadtteilen mit „strukturellem“ Wohnungsleerstand dieses Problem als zentral begreifen. Erforderlich ist eine ressortübergreifende Kooperation der städtischen Verwaltung und der Wohnungsunternehmen mit der lokalen Zivilgesellschaft – den Bürgerinnen und Bürgern, deren Vereinen und Organisationen –, um den Gebieten eine Perspektive zu geben. Der integrative Charakter des Programms Soziale Stadt bietet hierfür eine Chance, die es nun zu ergreifen gilt.

Thomas Knorr-Siedow [knorr-st@irs-net.de]
Kerstin Jahnke [jahnke@irs-net.de]
Britta Trostorff [trostorff@irs-net.de] ■

IRS/Institut für Regionalentwicklung
und Strukturplanung
Flakenstr. 28-31, 15537 Erkner (bei Berlin)
Telefon: 03362/793-253, Telefax: 793-111

Fotos: PvO



Oben: Bewohner/innen während der Auftaktveranstaltung,
unten: „Streitschlichter-Gruppe“ beim Rollenspiel.



In Leinefelde im Mittelpunkt: die Jugendlichen

Themenkonferenz „Und was kommt nach der Schule?“



Die Skater haben die neuen Anlagen des Jugendzentrums schnell in Besitz genommen.

Verschiedene Aktionstage und Veranstaltungen der Stadt Leinefelde mit Jugendlichen und für Jugendliche, darunter eine Zukunftswerkstatt, eine Ausbildungsbörse und der Kunstwettbewerb „Leinefelde – Licht und Schatten“, hatten nicht nur beim jugendlichen Publikum Interesse geweckt und auf das Thema eingestimmt; am 16. Mai 2001 war es dann endlich soweit: Unter dem Motto „Und was kommt nach der Schule?“ fand im neu gebauten Kinder- und Jugendzentrum in der Südstadt von Leinefelde die Themenkonferenz zu Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Freizeitmöglichkeiten von Jugendlichen statt. Veranstalter waren die Stadt Leinefelde und das Deutsche Institut für Urbanistik, unterstützt von WEEBER+PARTNER, der Programmbegleitung vor Ort im Rahmen des Programms Soziale Stadt.

In seiner Begrüßungsrede verwies der Bürgermeister von Leinefelde, Gerd Reinhardt, unter anderem darauf, dass sich in der Südstadt bereits vieles zum Guten verändert hat. Zahlreiche Neu- und vor allem Umbauprojekte haben die Wohnungen, das Wohnumfeld und nicht zuletzt auch die soziale Infrastruktur verbessert.

Vor einigen Monaten hatte eine Befragung des Jugendamtes des Landkreises unter

Jugendlichen zur Lebens- und Freizeitsituation im Eichsfeld unter anderem ergeben, dass die anhaltende Abwanderung aufgrund fehlender Arbeitsplätze eines der größten Probleme für die Jugendlichen ist. So stellte Nadine Schneemann als deren Vertreterin auf der Themenkonferenz denn auch klare Forderungen: Schaffung neuer Gewerbegebiete, Verbesserung der

Infrastruktur einschließlich des Verkehrs, Bereitstellung von mehr Ausbildungsplätzen durch die Firmen, gezieltere Informationen über Ausbildungsmöglichkeiten und Weiterbeschäftigung der Jugendlichen nach Abschluss der Ausbildung.

Schülerinnen und Schüler der Regelschule „Albert Schweitzer“ luden am Nachmittag zu einer virtuellen Führung durch den Stadtteil ein. Das Projekt „Virtual Reality“ begleitet und dokumentiert die Veränderungen in der Südstadt. Beeindruckend waren sowohl die Veränderungen selbst – die sanierten und zum Teil rückgebauten Wohnhäuser, die Neubauten, die Verbesserungen im Wohnumfeld –, als auch deren computertechnische Aufbereitung durch die Schüler. Einen großen Stellenwert in der offenen Jugendarbeit hat in Leinefelde das Modellprojekt „Miteinander“, das durch das E&C-Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird und die Integration von Spätaussiedlern unterstützt, die in den vergangenen Jahren verstärkt zugezogen sind. Vertreter des Thüringer Innenministeriums und des Ministeriums für Soziales, Familie

und Gesundheit unterstrichen, wie wichtig es ist, die Bewohnerschaft – und dazu gehören schließlich auch Kinder und Jugendliche – in die Stadtentwicklung aktiv einzubeziehen und Mittel aus der Städtebauförderung und des Sozialministeriums zu bündeln. Die Maßnahmen in der Stadt Leinefelde, z.B. das neu gebaute Jugendzentrum, sind hierfür gelungene und sichtbare Beispiele.

Ein Ergebnis des Programms Soziale Stadt: neue Außenanlagen des Jugendzentrums

Einen Höhepunkt der Veranstaltung bildete die offizielle Übergabe der neu gestalteten Außenanlagen des Jugendzentrums durch den Bürgermeister. Dieser neue Freizeitbereich ist mit 750 000 DM aus Mitteln des Programms Soziale Stadt finanziert worden. Die Jugendlichen hatten sich aktiv an der Planung beteiligt und viele Ideen eingebracht. Ein attraktives Areal mit Skater-Anlage, Basketballplatz, aber auch ruhigen Nischen steht ihnen jetzt zur Verfügung. Die Nischen werden im Übrigen durch Betonelemente eingefasst, die aus dem Rückbau von Leinefelder Plattenwohnungen stammen. Seinen Ausklang fand der Tag mit einem bunten Programm aus Musik und Tanz, das Jugendliche aus dem Jugendzentrum gestalteten. Auch die Thüringer Bratwürste vom Holzkohlegrill fehlten natürlich nicht, mit denen die Jugendlichen ihre Gäste bewirteten.

Martina Buhtz, Heike Gerth ■
WEEBER+PARTNER, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung, Emser Straße 18,
10719 Berlin, Telefon: 030/8616424,
E-Mail: wp@weeberpartner.de

Fotos: PvO



„Die Stadtteilentwicklung verstetigen“

Themenkonferenz zu den Perspektiven für eine dauerhafte Stadtteilentwicklung in Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord



Am 4. Mai 2001 kamen in der Evangelischen Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck rund 115 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einer Themenkonferenz über die Perspektiven des ressortübergreifenden Stadtteilprogramms „Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord“ zusammen. Auf der von der Stadt Gelsenkirchen, dem nordrhein-westfälischen Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport und dem Deutschen Institut für Urbanistik veranstalteten Konferenz ging es neben der künftigen Entwicklung der beiden Ortsteile darum, die vielfältigen Aktivitäten und Projekte des Stadtteilprogramms der vergangenen sechs Jahre in einem politisch repräsentativen Rahmen zu würdigen. Und nicht zuletzt sollte ein attraktives Forum für den Erfahrungsaustausch zwischen Akteuren aus dem Gebiet, der Gelsenkirchener Stadtverwaltung und aus anderen Städten geboten werden.

Von der Veranstaltung gingen mehrere wichtige Impulse aus. So wurde ungewöhnlich offen über die Frage gesprochen, wie der erfolgreiche Entwicklungsprozess auch über das NRW-Handlungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ und das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ hinaus fortgesetzt werden

kann. Bis vor kurzem spielten solche Überlegungen in den Diskussionen der Stadtteilakteure nur eine untergeordnete – allenfalls negativ besetzte – Rolle, auch wenn von Seiten des Landes nie ein Zweifel daran gelassen wurde, dass die Förderung im Rahmen des Landesprogramms zeitlich befristet sein würde. Inzwischen wird die „Verstetigung der Stadtteilentwicklung“, so ein Fazit der Diskussionen auf und am Rande der Konferenz, von den lokalen Akteuren als ein wichtiges Thema eingestuft. Darauf lässt sich in der weiteren Stadtteilarbeit aufbauen.

Als positiv ist auch zu werten, dass Oberbürgermeister Oliver Wittke und die drei Stadträte Henriette Reker (für Soziales, Gesundheit), Manfred Beck (für Kultur, Bildung, Jugend) und Michael von der Mühlen (für Planung, Bau, Umwelt) – damit die Mehrheit der Verwaltungsspitze – an der Konferenz teilnahmen und mit eigenen Vorträgen ihr Interesse am Stadtteilprogramm

und der künftigen Entwicklung der beiden Ortsteile bekräftigten. Dieses kommunalpolitisch keinesfalls selbstverständliche Signal dürfte noch dadurch verstärkt worden sein, dass der örtliche Landtagsabgeordnete (Frank Baranowski) und das federführende Landesministerium (Karl Jasper) im Referentenkreis vertreten waren. Das gemeinsame Auftreten von Politik und Verwaltung zeigte öffentlichkeitswirksam, dass das Stadtteilprogramm in Gelsenkirchen fraktions- und parteiübergreifend unterstützt wird. Es bietet zudem einen guten Anknüpfungspunkt für die immer wichtiger werdende (sozial-)raumbezogene Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Fachressorts der Verwaltung – gerade auch in Zeiten des „Neuen Steuerungsmodells“ – und für den Transfer der positiven Erfahrungen aus Bismarck/Schalke-Nord in andere Stadtgebiete Gelsenkirchens.

Klaus Austermann, Marcelo Ruiz, Matthias Sauter ■

AGB – Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung, Institut für Raumplanung (IRPUD), Universität Dortmund, August-Schmidt-Str. 6, 44221 Dortmund, Telefon: 0231/755-2430, Telefax: 755-4788

ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW, Deutsche Straße 5, Postfach 101764, 44017 Dortmund, Telefon: 0231/9051-184, Telefax: 9051-195

Fotos: Jan Fasselt, ILS, Dortmund

*Evangelische Gesamtschule
Gelsenkirchen-Bismarck.*





Viel Grün, buntes Treiben

Erstes Stadtteilstift im Modellgebiet Ludwigshafen-Westend

Frühlingshafte Sonnenstrahlen und die schwungvollen Klänge einer Dixie-Band lockten zahlreiche Besucherinnen und Besucher auf den Schulhof der Erich-Kästner-Schule. Hier, im Herzen des Westends, wurde der Startschuss für eine Reihe von Wohnumfeld- und Begrünungsmaßnahmen gegeben, mit denen die Wohnqualität im Quartier erhöht werden soll. Das erste Stadtteilstift im Westend, unter anderem mit Mitteln der „Technischen Hilfe“ des Deutschen Instituts für Urbanistik unterstützt, stand nicht nur im Zeichen des gemeinsamen Feierns, sondern wurde auch dazu genutzt, die Schulhofwand zu begrünen, ein Blumenbeet vor dem Stadtteilbüro anzulegen, Balkone und Gärten zum Blühen zu bringen und in der Bewohnerschaft Interesse an der Verschönerung ihres Quartiers zu wecken. Gleichzeitig informierten die Programmverantwortlichen über die nächsten

und erst mit dem Programm „Soziale Stadt“ stärker in das Bewusstsein der Ludwigshafener gerückt sei. Mit besonderer Spannung werde die in den nächsten Wochen anstehende Schulhofumgestaltung erwartet, in deren Planung auch viele Ideen der Schulkinder eingeflossen sind. Die größte Freude der „kleinen“ Besucher waren die vielen Aktionen rund um die blühende Pracht. Zusammen mit den Teilnehmern der Beschäftigungsmaßnahme „Strukturhilfe Westend“ durften die Kinder Sommerblumen selber einpflanzen und mit nach Hause nehmen. Einige Kinder und Jugendliche nutzten die Gelegenheit und bemalten den Schulhof mit Blumenmotiven. Jugendliche einer Videogruppe führten Interviews

Projekte im Westend und standen den Bürgerinnen und Bürger Rede und Antwort. Gemeinsam mit der Wohnungsbau-gesellschaft GAG wurden eine Info-Ecke eingerichtet und Schautafeln zu den geplanten Wohnumfeldmaßnahmen präsentiert.

Oberbürgermeister Schulte wies in seiner Begrüßungsrede darauf hin, dass das Westend lange Zeit „im Abseits“ stand

durch und hielten das „bunte Treiben“ auf dem Schulgelände fest. Die schönsten Bilder eines Kinder-malwettbewerb-wurden auf dem Fest prämiert und schmückten seither die Fensterscheiben in der Bahnhofstraße. Aber auch die leiblichen Genüsse kamen nicht zu kurz. Neben Würstchen und kalten Getränken waren die süßen Leckereien, die die Frauen des Internationalen Frauentreffs anboten, eine besondere Gaumenfreude.

So bleibt zu hoffen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner des Westends die Lust am gemeinsamen Feiern nicht verlieren und Stadtteilstift künftig zum festen Bestandteil eines Gemeinwesens werden. Und dass die Begrünungs- und Wohnumfeldmaßnahmen bei den Bewohnern Akzeptanz finden werden, da sind sich die Akteure der „Sozialen Stadt“ sicher.

Delia Schröder ■

Isoplan – Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung GmbH, Saarbrücken (PvO Ludwigshafen-Westend) Martin-Luther-Str. 20, 66111 Saarbrücken Telefon: 0681/93646-0, Telefax: 93646-11

Fotos: PvO



Sie möchten gern das Soziale Stadt info abonnieren?

Schicken Sie uns einfach eine E-Mail: sozialestadt@difu.de oder ein Telefax: **030/39 001-269**

Bitte geben Sie Ihren vollständigen Namen, die Adresse, ggf. Dienststelle oder Institution, aber auch Telefon, Telefax und Ihre E-Mail-Adresse an.

Oder Sie senden einfach eine Postkarte an: Deutsches Institut für Urbanistik, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin.



„Soziale Stadt – meine Sicht“

Vor einigen Wochen habe ich nach über zwei Jahren meine Tätigkeit als Quartiermanagerin in Berlin-Marzahn beendet. Ich habe in dieser Zeit viel gelernt, habe mit meinen Kolleginnen und Kollegen einiges ins Rollen gebracht, bin aber auch an die Grenzen der Möglichkeiten, etwas zu bewegen, gestoßen.

Die folgenden Gedanken und Anregungen zum Quartiermanagement in Berlin fußen auf der aus eigener Erfahrung gewachsenen Überzeugung, dass Quartiermanagement ein guter und notwendiger Ansatz ist, auf lokaler Ebene sinnvoll tätig zu werden.

Die Erwartungen und Anforderungen an das Quartiermanagement ebenso wie dessen Aufgaben und Rolle sind einerseits sehr umfassend, andererseits unklar und widersprüchlich. Dies erschwert die tägliche Arbeit und deren Wirkung nach innen und nach außen. Um Enttäuschungen vorzubeugen, sollte daher künftig für alle Beteiligten stärker gelten: Kleinere und überschaubare Päckchen packen. Dies bedeutet z.B., den politischen Druck, die Anforderungen und Erwartungen auf ein realistischeres Maß zurückzuschrauben. Es sollte mehr Zeit eingeräumt werden, bewohnergetragene Projekte von unten wachsen zu lassen und diesen, auch wenn sie keine Beschäftigungs- und Ausbildungsplätze vorsehen, Anerkennung, auch offizielle, zukommen zu lassen.

Eine Auseinandersetzung darüber, was möglich und machbar ist, muss auch dazu führen, sich einzugestehen, dass nicht alle Projekte von unten wachsen können. Dafür lassen die Rahmenbedingungen der Förderprogramme zu wenig Zeit.

Deutlicher als bislang sollte auch öffentlich thematisiert werden, dass einige Wege nicht zum gewünschten Ergebnis führen, dass Projekte oder Ideen scheitern. Dieses Eingeständnis kann produktiv genutzt werden, ohne den ganzen Ansatz infrage zu stellen.

Dies *könnte* unter anderem dazu führen, genauer zu differenzieren, was das Quartiermanagement-Büro leisten kann und was nicht. Dies *muss* dazu führen, die Aufgabenteilung zwischen Quartiermanagement-Büro, Verwaltung, Senat und Bewohnerschaft deutlicher zu machen. Denn das Quartiermanagement-Büro ist ein Akteur unter anderen. Immer wieder werden Probleme auf das Quartiermanagement abgewälzt, ohne dass auf eine entsprechende Arbeitsstruktur in der Verwaltung zurückgegriffen werden kann. Dieses grundsätzliche Problem könnte z.B. mit Hilfe einer förmlichen Kooperationsvereinbarung zwischen Verwaltung, Senat und Quartiermanagement-Büro besser gelöst werden. Und auf alle Fälle sollte auch der Verwaltung, zumindest den Quartiermanagement-Koordinatoren, ein Zeitbudget für ihre Funktion im Quartiermanagement eingeräumt werden, sodass die Unterstützung nicht „nebenbei“ erfolgt – die eingeforderte Querschnittsaufgabe kann nebenbei ganz sicherlich nicht befriedigend geleistet werden.

Letztlich sollten alle Akteure die Erstellung eines integrierten Handlungskonzepts als Grundlage der eigenen Arbeit nicht damit verwechseln, alle Probleme und Themen im Stadtteil angehen und lösen zu wollen. Dies ist ein falsches Verständnis von Ganzheitlichkeit. Es muss daher verstärkt darüber diskutiert werden, wie integrierte Konzepte wachsen und gleichzeitig konzentriert werden können. Dies erfordert einen Freiraum, um jenseits konkreter Pro-

jektrealisierungen einen inhaltlichen Austausch und Strategiediskussionen zu ermöglichen. Hierfür benötigen alle Akteure mehr fachlichen Input und Unterstützung.

Abschließend bleibt zu fragen, ob eine schon zu Beginn festgesetzte zeitliche Befristung des Quartiermanagements sinnvoll ist. Auch wenn die Arbeit gut läuft und Strukturen aufgebaut sind – wann kann man den Schlussstrich ziehen, ohne erneut Enttäuschungen vor allem bei den Bewohnerinnen und Bewohnern hervorzurufen? Eine offene Diskussion mit vielen Akteuren darüber, wie sich die Funktionen eines Quartiermanagements im Laufe der Zeit ändern, halte ich für sinnvoller.

Bettina Reimann ■
Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin
Telefon: 030/39001-0, Telefax: 030/39001-269,
E-Mail: reimann@difu.de

Impressum

Herausgeber:

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin

Redaktion:

Dr. Heidede Becker (v.i.S.d.P.)
Klaus-Dieter Beißwenger
Christa Böhme

Layout und DTP:

Susanna Mayer

Redaktionskontakt:

Difu-Redaktionsgruppe
Soziale Stadt *info*
Telefon: 030/390 01-282
Telefax: 030/390 01-275
E-Mail: redaktion@sozialestadt.de
Internet: www.sozialestadt.de

Herstellung:

Deutsches Institut für Urbanistik

Abdruck:

bei Angabe der Quelle frei,
Belegexemplar erbeten.

Soziale Stadt *info* wird
auf 100-prozentigem
Recyclingpapier vervielfältigt.



Die Finanzierung erfolgt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) aus Mitteln des Programms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt).

Quartiermanagement: das Essener Modell

Die professionellen Funktionsbereiche von Quartiermanagement

Wenn es derzeit in der Stadtentwicklung und -sanierung eine Zauberformel gibt, dann jene vom „Quartiermanagement“. Quartiermanager/innen sollen, so die in sie gesetzte Hoffnung, mit einer Art Verschwindezauber¹ benachteiligte Stadtteile in blühende Landschaften verwandeln – und dies möglichst in dem zur Verfügung stehenden Förderzeitraum.

Wir schlagen dagegen vor, Quartiermanagement als einen Ansatz zu begreifen, der Teil einer gesamtstädtischen Stadtteilentwicklungspolitik ist, verschiedene Methoden, Vorgehensweisen sowie Steuerungs- und Handlungsstrategien komplex miteinander verknüpft und bei dessen Umsetzung unterschiedliche professionelle Funktionsbereiche zusammenwirken. Derzeit gehen wir von drei professionellen Funktionsbereichen des Quartiermanagements aus²:

1. **Stadtteilarbeit/Gemeinwesenarbeit:**
Tätigkeiten und Aufgaben von überwiegend örtlicher Bedeutung vor allem im Bereich der projektspezifischen Aktivierung der Bevölkerung, z.B. Anregen, Bündeln, Mobilisieren von Interessen und Themen der Bewohner/innen.
2. **Intermediäre Akteure:**
Projektbezogene bzw. handlungsfeldbezogene Tätigkeiten; Moderation, Dialogmanagement und Vermittlung von Aufgaben zwischen der örtlichen und der gesamtstädtischen Ebene.
3. **Gebietsbeauftragte in der Verwaltung:**
Gesamtprojektverantwortung/Regiekompetenz mit Befugnissen zum Einsatz kommunaler Mittel in Abstimmung mit den zuständigen Fachbereichen sowie Akquise von Fördermitteln.

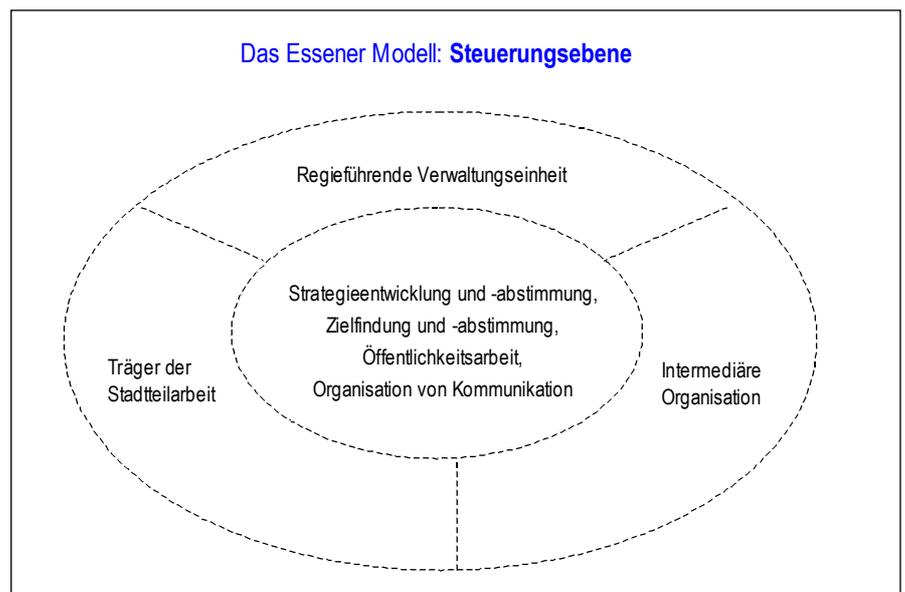
Ausstattung und Struktur von Quartiermanagement hängen ab von der Größe des Gebiets und der Kommune, den Problemen im Quartier sowie der Kompetenz und Qualifikation der professionellen Akteure und deren Verankerung im gesamtstädtischen Gefüge.

Das Essener Modell

Stadtteilentwicklung wirkt dann nachhaltig, wenn sie Teil einer gesamtstädtischen Entwicklungspolitik und -philosophie ist³. Wichtig ist dabei, zusammen mit der Bewohnerschaft und lokalen Akteuren frühzeitig stabile Vernetzungs- und Organisationsstrukturen aufzubauen.

Altendorf, sowohl über das Landesprogramm *Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf* als auch über das Bund-Länder-Programm *Soziale Stadt* gefördert.

Ziel des Quartiermanagements in Essen ist die Stadtteilentwicklung mithilfe integrierter Handlungskonzepte unter Beteiligung von Bewohnerschaft sowie lokalen Akteuren. Die Arbeit bezieht sich zum einen auf den materiellen Bereich – unter anderem städtebauliche Veränderungen, Erweiterung der Infrastruktur, Umgestaltung von Freiflächen –, zum anderen auf die lokalen sozialen Beziehungen, etwa die Stärkung von Nachbarschaftsstrukturen, die Unterstützung und Aktivierung von Selbsthilfe und das Angebot kommunikativer Hilfen bei der Regelungen von Alltagskonflikten. Nach unserer Erfahrung sind diesbezüglich nicht nur unterschiedliche Beteiligungsformen und aktivierende Stra-



In Essen begann die integrierte Stadtteilentwicklungsarbeit in den 80er-Jahren mit der Bearbeitung interkultureller Alltagskonflikte in Katernberg⁴ in einer vertraglich gesicherten Kooperation zwischen der Stadt, der Universität und weiteren Partnern in einzelnen Projektgebieten, wie der Arbeiterwohlfahrt, dem Diakoniewerk, dem Sozialdienst katholischer Frauen, der Wohnungsbaugesellschaft LEG und der ev. Kirchengemeinde Katernberg, die jeweils personelle und finanzielle Ressourcen einbringen⁵. Derzeit werden zwei Stadtteile, Essen-Katernberg und Essen-

tegien nötig, sondern vor allem die Organisation unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen; nur so eröffnet sich diesen überhaupt die Chance, ihr Wohnumfeld und ihre Lebensverhältnisse aktiv zu gestalten. Eine lokalspezifische Kommunikations- und Kooperationsstruktur schafft die Basis, auf der dann einzelne Projekte entwickelt werden, die – soweit möglich und sinnvoll – als Mehrzielprojekte angelegt sind und die personellen, räumlichen und finanziellen Ressourcen des Stadtteils nutzen oder erschließen.

Beim Essener Modell handelt es sich um ein *kooperatives Managementmodell*, das die Zusammenarbeit der Akteure einerseits vertraglich, andererseits über formelle und informelle Kooperations- und Kommunikationsstrukturen regelt. Auf der Grundlage einer gemeinsam getragenen Konzeption definieren die Kooperationspartner/innen als ihre Steuerungsaufgaben:

- Strategieentwicklung und -abstimmung,
- Zielfindung und -abstimmung,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Organisation von Kommunikation.

(Siehe Abbildung „Das Essener Modell: Steuerungsebene“)

Um den strategischen Ansatz bzw. das integrierte Handlungskonzept effektiv umzusetzen, bedarf es aber auch eines kooperativen Klimas zwischen den beteiligten Akteuren⁶. Denn bezogen auf die nachfolgend beschriebenen Funktionsbereiche kommt es ganz wesentlich auf die handelnden Personen und das gemeinsame *Schnittstellenmanagement* an.

1. Funktionsbereich: Stadtteilarbeit

Hier sind Mitarbeiter/innen – meist angegliedert an die Verwaltung oder bei freien Trägern – in den einzelnen Projektstandorten mit Aufgaben von überwiegend örtlicher Bedeutung tätig. Die Mitarbeiter/innen aus dem Essener Sozialdezernat sind organisatorisch im Bereich der Sozialen Dienste angesiedelt und arbeiten ausschließlich in der Stadtteilarbeit. In erster Linie regen sie Aktivitäten an, aktivieren und beteiligen sie die Bewohner/innen. Sie leiten die Stadtteilbüros, stellen Informationen und Beratungen für Einzelpersonen, Vereine, Initiativen und Institutionen sicher und sind für Bewohner/innen wie lokale Akteure die zentrale Kontakt- und Anlaufstelle. Dies bedeutet unter anderem, nicht nur Präsenzzeiten im Stadtteilbüro sicherzustellen, sondern sich möglichst viel im Stadtteil aufzuhalten, Gespräche mit Vertretern/innen des lokalen Einzelhandels, der ortsansässigen Institutionen, der Politik, mit Bewohnern/innen zu führen, um zu erfahren, welche

Themen im Stadtteil von Bedeutung sind, die Menschen dazu zu ermutigen, sich für ihre Belange zu engagieren, sich zu organisieren und Öffentlichkeit herzustellen⁷. Die vor Ort tätigen Mitarbeiter/innen müssen sehr kommunikativ sein und über organisatorische Fähigkeiten verfügen. Auf dieser Ebene lässt man sich unmittelbar auf die Dynamik der Lebenswelt der Bewohner/innen und Akteure des Stadtteils ein, muss wissen, welche Kommunikationsstrukturen, informellen Meinungsführer, Vereine, Ressourcen, Stärken und Schwachpunkte es im Quartier gibt.

2. Funktionsbereich: Intermediäre Akteure

Die intermediären Akteure sind in Essen beim universitären Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (IS-SAB) angestellt.

Die Stadtteilmoderatoren/innen wirken als aktivierende Instanzen in beide „Welten“ – Bürokratie und Lebenswelt – hinein. Sie haben einen klaren Auftrag: In Bezug auf den Stadtteil geht es um Kommunikation (Menschen an einen Tisch bringen, Nachbarschaften stärken, lokale Potenziale mobilisieren), um Ideenproduktion, Organisation und Ressourcenvernetzung, in Bezug auf die kommunale Verwaltung und zentrale Institutionen darum, diese immer wieder auf den Stadtteil hin zu orientieren. Der Schwerpunkt der intermediären Tätigkeit liegt im Dialogmanagement. Die Stadtteilmoderatoren/innen stellen den Informationstransfer zwischen Akteuren auf der örtlichen und der gesamtstädtischen Ebene sowie der kommunalen Selbstverwaltung sicher, vermitteln und bündeln Interessen von Institutionen und Bürgern/innen, ermöglichen es, Interessen zu artikulieren und Positionen zu bestimmen, moderieren Themen und Konflikte. Die Intermediären „organisieren“ im Auftrag der Kommune – und dies ist in Essen unstrittig – zum Teil Positionen der Bevölkerung gegen die kommunale Selbstverwaltung, fordern Transparenz über Verfahren ein bzw. stellen diese her. Sie legen den Finger charmant lächelnd auf offene Wunden, greifen Konflikte auf, ohne diese abzumildern, und versuchen vor allem, die

unterschiedlichen Interessen, Geschwindigkeiten und Logiken der verschiedenen „Welten“ miteinander zu verknüpfen⁸.

3. Funktionsbereich: Gebietsbeauftragte/r:

In Essen ist die Gebietsbeauftragte im Büro Stadtentwicklung im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters angesiedelt. Sie ist zuständig für die Gesamtsteuerung der Stadtteilentwicklungsprojekte (Zielfindung, Monitoring, Berichterstattung, Erstellung und Steuerung der Umsetzung des integrierten Handlungskonzepts, Controlling). Die Gebietsbeauftragte sichert den Informationstransfer zwischen Land, Kommune, Stadtteil, Forschung sowie weiteren Stadtteilprojekten, bereitet politische Entscheidungen vor und vertritt das Gesamtprojekt in Gremien. Neben der Ressourcenbeschaffung (auf kommunaler, Landes-, Bundes- und EU-Ebene) ist die Steuerung des Projekts innerhalb der Verwaltung ein zentraler Arbeitsbereich.

Es geht darum, Verwaltungshandeln auf städtische Räume hin zu orientieren, Arbeitsaufträge aus dem Projekt in der Verwaltung zu koordinieren und die Geschäftsführung der Steuerungsgremien zu übernehmen.

Die Gebietsbeauftragte muss in der Lage sein, durch begrenzte Zugriffsmöglichkeiten auf andere Ressorts die Ressourcen der kommunalen Seite zu bündeln. Hierfür bedarf es besonderer kommunikativer Fähigkeiten, um Leitungskräfte und Mitarbeiter/innen der unterschiedlichen Fachbereiche zur Mitarbeit anzuregen und in die Arbeit einzubinden.

Darüber hinaus muss gewährleistet sein, dass es in der Verwaltung Mitarbeiter/innen aus den jeweiligen Fachbereichen gibt, die für Einzelprojekte die Managementverantwortung übernehmen. Funktionierte das Einzelprojektmanagement nicht, besteht die Gefahr, dass die/der Gebietsbeauftragte zu sehr auf der operativen Ebene agiert und in der zentralen Aufgabe der Regiekompetenz geschwächt wird. (Siehe folgende Abbildung).

Das Essener Modell: Handlungsebene



Perspektive: Raumorientierung der Verwaltung

Die Erfahrungen in Essen mit dem modellhaften Vorgehen in den „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ und anderen Stadtteilprojekten sind gut. Es reicht jedoch nicht aus – auch dies eine Erfahrung in Essen – einige Jahre lang mit besonderer Anstrengung spezifische Problemlagen zu bearbeiten, in der Hoffnung, dass sich daraus wie von selbst strukturelle Veränderungen ergeben. Angesichts der komplexen Probleme ist es nicht möglich, die häufig zitierten selbsttragenden Strukturen in einem etwa fünfjährigen Modellzeitraum zu schaffen. Bürgerschaftliches Engagement und integrierte Stadt-(teil)entwicklung benötigen dauerhafte personelle und materielle Unterstützung. Derzeit arbeiten wir an einem Konzept, das die Erfahrungen aus verschiedenen Kooperationsformen in die Regelarbeit der Verwaltung überführt. Unseres Erachtens muss das „Neue Steuerungsmodell“ um die räumliche Dimension erweitert werden. Um nicht nur nachsorgend auf vorhandene Probleme zu reagieren („Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“), sondern eine präventive Stadtteilentwicklungspolitik umzusetzen, ist es sinnvoll, durch vorhandene Monitoringsysteme frühzeitig stabilisierende Maßnahmen mit Bürgern/innen und Akteuren aus den Quartieren zu ent-

wickeln. Verwaltungshandeln muss sich stärker an städtischen Räumen, d.h. an Bezirken und Stadtteilen sowie den dort lebenden Bürgern/innen orientieren. „Raumorientierung der Verwaltung“ lautet die Devise. Deren Realisierung hat eine organisatorische und eine finanzielle Dimension, die geeigneten Formen dafür sind mit und in dem Prozess zu entwickeln.

Gaby Grimm ■
freiberufliche Mitarbeiterin am Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Essen, Holzstraße 7-9, 45141 Essen, Telefon: 0201/43764-0, Telefax: -26, E-Mail: issab@uni-essen.de

Gabriele Micklinghoff ■
Mitarbeiterin im Büro der Beigeordneten für Jugend und Soziales der Stadt Essen

Klaus Wermker ■
Leiter Büro Stadtentwicklung der Stadt Essen

- 1 Vgl. u.a. Rowling, J. K., Harry Potter und der Feuerkelch, 2000.
- 2 Vgl. auch Grimm, Gaby/Hinte, Wolfgang, Vor Leuchtturmprojekten aus Stein wird gewarnt, in: Sozial Extra, H. 9 (2000), S. 28-34; Grimm, Gaby/Hinte, Wolfgang/Löhr, Rolf-Peter, Netzwerk Quartiermanagement (Ausschreibung KGSt-HBS-Bertelsmann-Stiftung), Düsseldorf/Gütersloh/Köln 2000.
- 3 Vgl. unter anderem Stadt Essen (Hrsg.), Soziale Ungleichheit im Stadtgebiet, Essen 1987; Stadt Essen/ISSAB (Hrsg.), Ansätze integrierter Kommunalpolitik, Essen 1997; Stadt Essen (Hrsg.), Von der Bürgeranhörung bis zum Selbermachen. Bürgerbeteiligung und Partizipation heute und morgen, Essen 1997.
- 4 Wermker, Klaus, Netzwerk „Aktive Bürger/innen“ – das Beispiel Katernberg, in: Bogumil, Jörg/Vogel, Hans-Josef (Hrsg.), Bürgerschaftliches Engagement in der kommunalen Praxis, Köln 1999.
- 5 1985 mündete diese Zusammenarbeit in einen mittlerweile unbefristeten Kooperationsrahmenvertrag zwischen der Stadt Essen und dem Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung der Universität Essen (ISSAB). Finanziert wird die Arbeit je zur Hälfte von der Stadt Essen und der Universität Essen. Die Zusammenarbeit mit dem ISSAB als intermediärer Organisation steht beispielhaft für eine systematische Kooperation der Stadt Essen mit der Stadtgesellschaft.
- 6 Hinte, Wolfgang, Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren, in: Alisch, Monika (Hrsg.), Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt, Opladen 1998.
- 7 Springer, Werner, Alltag und sozialer Raum als Focus sozialpädagogischen Handelns, in: Neue Praxis, H. 3 (1995).
- 8 Es ist notwendig, die Aufgabenbereiche der Stadtmitarbeiter/innen und das Verhältnis zwischen intermediärer Organisation und Kommune formal und inhaltlich zu klären und dies alles vertraglich festzuhalten.

Veranstaltungshinweise

10. 8. 2001, Leipzig

„Forum Leipziger Osten“, Schwerpunkt Bildung und Kultur, anschließend Eröffnung der Atriumbühne; Veranstalter: Stadt Leipzig, Dezernat Planung und Bau, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung; Ort: Jugendfreizeitreff Rabet, Konradstrasse 26; weitere Infos beim Stadtteilmanagement, E-Mail: andreas@kaufmann-leipzig.de; Telefon: 0341/4772105; Telefax: 0341/4772106.

7. bis 9. 9. 2001, Loccum

Tagung „Modelle der lokalen Bürger(innen) beteiligung“; Veranstalter: Stiftung MITARBEIT und Evangelische Akademie Loccum; Ort: Evangelische Akademie Loccum; Anmeldung: Evangelische Akademie Loccum, Postfach 2158, 31545 Rehburg-Loccum, Telefon: 05766/81-0, Telefax: 05766/81-900; Kostenbeitrag: DM 60,-/Euro 30,-.

11. 9. 2001, Halle/Saale

Fachtagung „Baustellen für eine solidarische Stadt – Programmatik, Projekte und Finanzierungsinstrumente der sozialen Stadtentwicklung“; Veranstalter: SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH; Ort: Steigenberger Hotel, Halle/Saale; Anmeldung (bis 17.8.2001): SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH, Steffen Kröner, Telefon 0345/6801347, E-Mail: spi-s.kroener@awo-lsa.de; Tagungsgebühr: DM 25,-.

14. bis 15. 9. 2001, Frankfurt/Main

Fachtagung „Sozialgenossenschaften – Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft“; Veranstalter: Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. und Paritätisches Bildungswerk BW e.V.; Ort: Haus der Parität, 60528 Frankfurt/Main; Anmeldung (bis 17.8.2001): Paritätische Akademie gGmbH, Heinrich-Hoffmann-Straße 3, 60528 Frankfurt/Main, Telefon: 069/6706-231, Telefax: 069/6706-233, E-Mail: akademie@paritaet.org; Tagungsgebühr (einschl. Übernachtung und Verpflegung): DM 240,-.

14. bis 16. 9. 2001, Dresden

Projektwerkstatt „Neue Ideen schaffen Arbeit“; Veranstalter: Stiftung MITARBEIT in Kooperation mit workstation Berlin und Gala (Dresden); Ort: Dresden.

20. bis 22. 9. 2001, Mainz/Wiesbaden

Vierter Bundeskongress „Soziale Arbeit“, Thema: „Gestaltung des Sozialen – eine Herausforderung für Europa“; unter anderem mit einer Arbeitsgruppe zum Programm „Soziale Stadt“; Träger des Bundeskongresses ist ein bundesweiter Initiativkreis, in dem Verbände, Vereine, Gewerkschaften und Stiftungen, Fachhochschulen und Universitäten, Institute sowie politische und Verwaltungsgremien auf Bundes-, Landes- und Stadtebene vertreten sind; Information im Web: www.bundeskongress-soziale-arbeit.de; E-Mail: buko.sa2001@uni-mainz.de

4. bis 5. 10. 2001, Frankfurt/Main

„Praxisforum Soziale Stadt – Beteiligung für Kinder und Jugendliche“; Veranstalter: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge; Ort: Frankfurt/Main; Anmeldung (bis 15.9.2001): Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge; Am Stockborn 1-3, 60439 Frankfurt/Main, Telefon: 069/95807-01, Telefax: 069/95807-165, E-Mail: kontakt@deutscher-verein; Teilnahmebeitrag (inkl. Unterkunft, Verpflegung, Einzelzimmer): DM 220,-.

5. bis 6. 11. 2001, Essen

Impulskongress „Integratives Handeln für die soziale Stadtteilentwicklung“; Veranstalter: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Deutsches Institut für Urbanistik; Ort: Zeche Zollverein, Essen.

22. bis 23. 11. 2001, Hannover

Kongress „Stadtplanung auf neuen Wegen – Zukunftsfähige Stadtentwicklung: Vom Modell zum Standard“; Veranstalter: Landeshauptstadt Hannover, Amt für Umweltschutz; Kronsberg-Umwelt-Kommunikations-Agentur GmbH (KUKA); Ort: Hannover; Infos und Anmeldung: KUKA, Feldbuschswende 2, 30539 Hannover, Telefax: 0511/950798-50; E-Mail: kukagmbh@compuserve.com, Teilnahmegebühr: DM 270,-/ermäßigt DM 150,-.

Fernstudiengang Sozialmanagement

Im Oktober 2001 beginnt die dritte Matrikel des Fernstudiengangs Sozialmanagement am Fachbereich Soziale Arbeit der Hochschule Mittweida, Standort Roßwein. Ansprechpartner: Hochschule Mittweida, University of Applied Sciences, Fachbereich Soziale Arbeit, Döbelner Straße 58, 04741 Roßwein; Internetadresse: www.sw.htw-mittweida.de/; Studienplanung/Studienorganisation: Karsten Fritz, Telefon: 034322/48650, Telefax: 034322/48653, E-Mail: fritz@htwm.de.

Neuer Kompaktstudiengang „Integriertes Wohn- und Stadtquartiersmanagement“.

Das Studium umfasst acht Monate, eingeteilt in acht Präsenzphasen zu zwei und vier Tagen; Zielgruppen: Mitarbeiter/innen von Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Kommunen, Regionalverbänden, Ministerien, der Polizei, von Stiftungen, Wohlfahrts- und Migrantenverbänden, Kirchen und Freien Trägern; Beginn: Oktober 2001; Abschluss: Wohn- und Stadtquartiersmanager FWI; Ort: FWI Führungsakademie der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V., Springorumallee 20, 44795 Bochum; Kosten DM 9 850,-/Euro 5 037,- zzgl. Unterbringung, Verpflegung; Informationen: Jens Oliver Pommeranz, Telefon: 0234/9447-606, Telefax: 0234/9447-666, E-Mail: j.pommeranz@fwi.de.